



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 3/2017

Warnstreik der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst

Kreis Bergstraße. „Damit der Öffentliche Dienst im Land Hessen nicht abgeschlagen wird, fordern wir sechs Prozent im Volumen für die Laufzeit von einem Jahr“, sagte Karola Stötzel, stellvertretende Vorsitzende des hessischen Landesverbands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), im Rahmen der Kundgebung zum Warnstreik der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Wiesbaden, an der sich auch etliche GEW-Mitglieder aus dem Kreis Bergstraße beteiligten.

In ihrer Rede machte Stötzel deutlich, dass es nötig sei, in den Entgeltstufen neun bis 15 die Erfahrungsstufe sechs einzufügen. Die Notwendigkeit sei nicht zuletzt daran erkennbar geworden, dass Kultusminister Lorz kürzlich schon alles in Bewegung setzte, um Lehrkräfte im Ruhestand wieder vor die Klasse zu bringen, um die personellen Lücken in den Grundschulen zu stopfen. „Dieser Offenbarungseid verfehlter Personalpolitik zeigt überdeutlich: Ganz offensichtlich fehlt es an der entsprechenden Einkommensentwicklung für qualifizierte Fachkräfte“, sagte Stötzel. Eine Abkopplung Hessens von der allgemeinen Tarifentwicklung sei ein wesentlicher Faktor, dass eine Tätigkeit in diesem Bereich immer unbeliebter werde. „Wer seine Beschäftigten nicht ordentlich bezahlt, drückt ihnen und ihrer Arbeit gegenüber erstens nicht gerade seine Wertschätzung, zweitens macht dies den Job auch in der Zukunft nicht gerade attraktiver“, ergänzte Holger Giebel vom GEW-Kreisvorsitzendenteam. „Weitere Mangelverwaltung ist vorprogrammiert.“

Darüber hinaus seien die vielen befristeten Arbeitsverhältnisse im Schulbereich ein sehr großes Problem. „Weit über die Hälfte der tarifbeschäftigten Lehrkräfte hat befristete Verträge“, so Stötzel weiter, „das muss sich ändern. Das klassische Argument der Arbeitgeber für niedrigere Einkommen im Öffentlichen Dienst ist: Die Arbeitsplätze sind sicher. Die Tarifbeschäftigten in Hessens Schulen haben nichts von beidem, weder sichere Arbeitsplätze noch gute Gehälter. Das ist ein Witz, wenn es für die Betroffenen nicht so traurig wäre.“

Die Gewerkschaften verlangen zudem, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten zu übertragen. Das gelte auch für die seit 2010 bestehende tarifvertragliche Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche. Beamte müssen zurzeit bis zu 42 Stunden in der Woche arbeiten.

Beim Auftakt der hessischen Tarifverhandlungen hatte der Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Die zweite Verhandlungsrunde ist für den 2. und 3. März im südhessischen Dietzenbach anberaumt. Die Verhandlungen für alle anderen Bundesländer – diese sind in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zusammengeschlossen – könnten Mitte Februar in Potsdam zu Ergebnissen führen.